

Stand der Verhandlungen am KSZE Folgetreffen in Helsinki

1. Allgemein

Die zahlreichen Sitzungen des Ausschusses Hoher Beamter (AHB) haben die Arbeiten des Folgetreffens sichtlich beeinträchtigt. Um die Arbeiten dennoch zu Ende zu führen, sollen nun verschiedene offene informelle Arbeitsgruppen die Vorbereitung des Schlussdokuments vorantreiben. Jene zur friedlichen Beilegung von Streitfällen ist am Werk, eine andere Gruppe zur Diskussion der Instrumente zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschliesslich eines Hochkommissars für nationale Minderheiten beginnt ihre Arbeit ab 20. Mai. Ab 27. Mai berät eine weitere Gruppe über finanzielle und administrative Aspekte. Erstmals trat am vergangenen Mittwoch das informelle "Committee of the Whole" zusammen, das unter dem Vorsitz des finnischen Delegationschefs Aarno Karhilo mit der Ausarbeitung des Schlussdokuments betraut ist.

2. Jugoslawien

Nach der teilweisen de facto Suspendierung der jugoslawischen Delegation am 12. Mai (Anwendung Konsens minus eins bei Entscheidungen im Zusammenhang mit der Krise) dürfte auch der derzeit tagende AHB den Beschluss bekräftigen, die Lage der jugoslawischen Delegation am 29. Juni erneut zu überprüfen. In unserer Rede vom 18.05. konzentrierten wir uns vornehmlich auf die politischen Bedingungen für eine Gestaltung unserer Beziehungen zur sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien (vgl. Rede vom 18.05. im Anhang). Der AHB dürfte ferner beschliessen, dass das Konfliktverhütungszentrum im Sinne eines "Early Warning" eine Delegation nach Kosovo schickt, um die Gefahr des Ausbruchs eines militärischen Konfliktes zu erfassen.

3. Nagorno Karabach

Die Verhandlungen über Nagorno Karabach kommen äusserst zähflüssig voran. Ein Datum für den Beginn der Konferenz in Minsk konnte noch nicht festgelegt werden.

Der Bericht der "Vorabmission" unter schwedischer Leitung äusserte sich heute äusserst pessimistisch über die Durchführbarkeit einer Beobachtermission, vor allem aus Sicherheitsgründen. Die Modalitäten für eine solche Mission werden zurzeit in einer weiteren offenen informellen Arbeitsgruppe erarbeitet, unter grössten Schwierigkeiten nicht nur wegen der ungewissen Lage im Territorium selber, sondern auch weil sich eine geradezu ideologische Auseinandersetzung über die "Kommandokette" abspielt. Wer für den Ausbau des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) ist, schlägt sich jetzt für ein Zwischenglied in dieser Kette in Wien (Konsultativausschuss). Die erfahrenen Peacekeeper (Norwegen, Schweden und auch die Schweiz) sowie USA setzten sich für eine möglichst kurze Kette Chairman-in Office mit Troïka sowie Ad hoc-Gruppe aus an der Mission teilnehmenden Staaten zum Missionschef im Terrain ein.

4. Ausbau der KSZE-Institutionen

Die Verhandlung hat noch nicht wirklich begonnen. Die Troïka um den Ratsvorsitzenden ist wohl einigermaßen konsensfähig. Weitere Schritte im Sinne der von uns befürworteten Ad hoc Gruppe von an einer bestimmten Operation beteiligten Staaten sind weiterhin kontrovers.



Ueber zusätzliche Mechanismen und die Möglichkeit einer Koordinierung bestehender Mechanismen wird diskutiert, aber es zeichnet sich keine Lösung ab. Möglicherweise wird die Zeit für diese Arbeit zu kurz. Eine Ausnahme ist der Hochkommissar für nationale Minderheiten, der breite Unterstützung findet, aber immer noch vehemente Kritik vor allem von Seiten der Briten und der Türken erfährt.

Peacekeeping wird wohl im Vordergrund stehen. Unser Papier (14 Mitautoren) ist nach wie vor ein Referenzpapier. Die Amerikaner zirkulieren ein Diskussionspapier mit viel mehr NATO-Einbezug (inkl. Schulung auf NATO-Plätzen etc.). Die Niederländer wollen einen ähnlichen Vorschlag einbringen, wogegen die EG dem Vernehmen nach an einem Entwurf arbeitet, der dem unseren nahekommt.

Während Frankreich einer stärkeren Implikation des Europarates in der KSZE das Wort redet, trifft das Gegenteil für die NATO zu. Auch hier manifestiert sich wiederum ein grundsätzlicher Dissens zwischen den USA und Frankreich. Es ist den Franzosen daran gelegen, eine Verbindung zwischen NATO und KSZE möglichst zu verhindern. Die Angst vor einem Präzedenzfall für die NATO bewirkt, dass Frankreich grösste Vorsicht walten lässt bei Beiträgen anderer Organisationen zu Treffen der KSZE. Frankreich stellt sich einer möglichen logistischen Implikation der NATO beim KSZE-Peacekeeping zurückhaltend gegenüber.

5. Grünhelme

In ihrem Vorschlag vom 20. Mai regt die Schweiz die Schaffung von sogenannten "Grünhelmen" an. Die Teilnehmerstaaten werden aufgerufen, nationale Einsatztruppen für die erste Hilfe bei Umweltkatastrophen zu schaffen. Ferner soll das zunächst provisorisch errichtete UNO Zentrum für dringliche Umwelthilfe in Genf politische Unterstützung durch die KSZE erhalten; auch wird empfohlen, das UNO Zentrum an das Kommunikationsnetz der KSZE Staaten anzuschliessen, um bei Katastrophen rasch reagieren zu können.

Erklärung der schweizerischen Delegationsleiterin,
Frau Botschafterin Marianne von Grünigen,

an der Sitzung vom 18. Mai
des Ausschusses Hoher Beamter der KSZE

Krise in Jugoslawien

Herr Vorsitzender,

Mit grosser Sorge beobachtet die Schweiz die erneut mit grösster Heftigkeit entbrannten Kämpfe in Bosnien-Herzegowina und fordert die Verantwortlichen dringend auf, diesem sinnlosen Morden endlich Einhalt zu gebieten. Wir haben vor fast einer Woche hier in der KSZE ein deutliches Signal an die Adresse Belgrads gesetzt und verlangen mit allem Nachdruck von den dortigen Behörden und der Bundesarmee, ihren Verpflichtungen zum Rückzug der Truppen nachzukommen und die Ueberführung von Personalbeständen und militärischem Material unter internationaler Aufsicht zu billigen sowie an der Friedenskonferenz in Brüssel tragfähige Ergebnisse für eine friedliche Lösung zügig zu fördern.

Wir erwarten auch eine Distanzierung Belgrads gegenüber dem Verhalten der serbischen Führung in Bosnien-Herzegowina unter Karadzic und der Ausrufung einer serbischen Republik in Bosnien und denken, dass eine gleiche Distanzierung Belgrads von der selbsternannten serbischen Krajina auf kroatischem Boden geboten ist. Indessen ist genau das Gegenteil der Fall und gewährt Belgrad vor allem der Krajina massgebende Unterstützung.

Ungeregelt ist zu unserem Bedauern weiterhin die internationale Stellung Mazedoniens. Nach unseren Beobachtungen hat sich die Lage dort in den letzten Monaten stark verbessert, obwohl vor allem

- 2 -

zwei Verfassungsbestimmungen revisionsbedürftig sind, um gewisse Bedenken im Ausland auszuräumen, nämlich die Bestimmung über die dem mazedonischen Parlament zugeschriebenen Kompetenzen zur Veränderung der Grenzen und die selbsternannte Verantwortlichkeit dieser Republik für mazedonische Minderheiten im Ausland.

Doch lassen Sie mich, Herr Vorsitzender, heute das Hauptaugenmerk auf die sogenannte Bundesrepublik Jugoslawien selbst und nicht nur auf ihr Verhalten nach aussen richten. Wir hegen schweizerischerseits gewisse Zweifel, ob bei der Durchführung des Referendums in Montenegro wirklich demokratisch vorgegangen worden ist und die Bevölkerung im Vorfeld der Abstimmung genügend informiert war über die Tragweite des Referendums.

Zu den auf den 31. Mai angesetzten Wahlen in der sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien hat sich die schweizerische Delegation bereits an der letzten Plenarsitzung des Folgetreffens ausgesprochen. Wir haben begründete Bedenken, ob diese Wahlen, so wie sie jetzt vorbereitet werden, den KSZE-Verpflichtungen für freie und faire Wahlen entsprechen, weil weder die Opposition und die nationalen Minderheiten ungehinderten Zugang zu den Medien haben, noch sich Kandidaten und Wähler frei ausdrücken können, ohne das Risiko von Repressionen in Kauf nehmen zu müssen.

Was die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Minderheiten in der sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien anbelangt, so geht es nach schweizerischer Auffassung vor allem um drei Aspekte. Einmal müssen ganz allgemein die Menschenrechte besser geachtet und die Minderheiten vermehrt geschützt werden. Insbesondere in der Vojvodina und in Kosovo muss der Dialog mit den massgeblichen Minderheiten aufgenommen werden und zu einer Verbesserung der zurzeit äusserst bedenklichen Lage führen. In Kosovo sollten die unrechtmässigen Verhältnisse, welche namentlich auf dem Gesetz vom Juni 1990 über die ausserordentlichen Umstände beruhen, so rasch als möglich beseitigt werden. Zu diesem Zweck ist ein Dialog zwischen Vertretern der albanischen Bevölkerung in Kosovo und Belgrad unerlässlich, wobei allenfalls an die Vermittlung durch einen unabhängigen Dritten zu denken wäre. Im Vordergrund stehen

Verbesserungen in den Bereichen des Gesundheitswesens, der Erziehung, der Medien und des Arbeitsmarktes, die alle in einer unvorstellbaren Weise darnieder liegen.

Herr Vorsitzender,

Ohne dem Entscheid über die Rechtsnachfolge vorgreifen zu wollen, möchte ich doch betonen, dass für eine allfällige Anerkennung der neuen Bundesrepublik Jugoslawien durch die Schweiz massgeblich wäre, dass freie und faire Wahlen abgehalten werden, dass die Menschenrechte und der Schutz der nationalen Minderheiten gewährleistet sind und dass die Bundesarmee mitsamt allen ihren schweren Waffen ihren Rückzug aus Bosnien-Herzegowina vollendet hat.

Die Schweiz fordert aber auch ein unzweideutiges Bekenntnis Belgrads zur Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen aller Staaten, die auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien entstanden sind. Dies bedeutet, dass neue Grenzen weder durch gewaltsame Aneignung von Territorien, noch durch einseitige Erklärungen auf der Grundlage von Absprachen mit international nicht anerkannten Gebilden, sondern nur aufgrund von Verhandlungen und mit Zustimmung der andern betroffenen souveränen Staaten gezogen werden können.

Diese paar Bemerkungen, Herr Vorsitzender, zeigen deutlich, dass die Behörden in Belgrad, aber auch die KSZE und die Friedenskonferenz in Brüssel ihre Arbeiten unverzüglich aufnehmen müssen, wenn am 29. Juni für uns alle akzeptable Voraussetzungen für einen positiven Beschluss des Ausschusses Hoher Beamter gegenüber der jugoslawischen Delegation vorliegen sollen. Und wie wichtig ein solcher Beschluss sein wird, ist uns allen im Hinblick auf das Gipfeltreffen wohl bewusst.

LX 20. Mai 92 12

p.B.72.9.15.1.(26).-WI/LMO

Bern, 20. Mai 1992

Geht anEDA

- Herrn Staatssekretär Kellenberger
- Herrn Botschafter F. Staehelin
- Herrn Botschafter Krafft
- Herrn Generalsekretär Schaller
- Herrn Botschafter Simonin
- Herrn Botschafter Nordmann
- Herrn Botschafter Bucher
- Herrn Botschafter J. Staehelin
- Frau Botschafter M. von Grünigen
- Herrn Botschafter Ducrey
- Herrn Botschafter von Salis
- Herrn Botschafter Caflisch
- Herrn Minister Godet
- Herrn Minister Lautenberg
- Herrn Minister Leutert
- Herrn Minister Martin
- Herrn Cameroni
- Europaratsdienst
- Sekretariat BRF
- KSZE-Dienst
- Herrn Widmer

EMD

- Herrn Brigadier J. Schärli, Stab GGST, CAFM

EVD

- Herrn Staatssekretär Blankart
- Herrn Botschafter Arioli, BAWI
- Herrn Minister Ramsauer, BAWI
- Herrn Mazenauer, BAWI, Mittel- + osteuropäische Länder

EDI

- Herrn Vizedirektor Schmid, BUWAL
- Herrn Haug, Abteilungschef, Bundesamt für Statistik
- Herrn Ritschard, Sektionschef, Bundesamt für Kultur

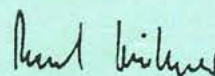
An alle Botschaften der KSZE-Teilnehmerstaaten

Brüssel	Dublin	Wien	Ankara
Sofia	Rom	Warschau	Budapest
Kopenhagen	Belgrad	Lissabon	Moskau
Bonn	Ottawa	Bukarest	London
Helsinki	Luxemburg	Stockholm	Washington
Paris	Den Haag	Madrid	Nicosia
Athen	Oslo	Prag	

- Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Ständige Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, New York
- Ständige Mission der Schweiz bei den Internationalen Organisationen, Genf
- Schweizerische Delegation bei den VVSBM, Wien
- Schweizerische Delegation beim KSZE-Folgetreffen, Helsinki

Beiliegend finden Sie einen Zwischenbericht unserer Delegation über das KSZE-Folgetreffen in Helsinki.

Politische Abteilung III
KSZE-Dienst



P. Widmer

Beilagen erwähnt

LX 20. Mai 92 12